

Hintergründe

Momentan sind Brustkrebspatienten in Hameln-Pyrmont zum Spielball verschiedener Interessen geworden.

Es geht um Geld und um Macht.

- Ein niedergelassener Radiologe und eine niedergelassene Onkologin haben Widerspruch gegen die Ermächtigung der Ambulanzen des Brustzentrum Hameln eingelegt. Aus Ihrer Sicht sind es zu viele Patienten, die dort z. T. über Jahre betreut werden.
- die Kassenärztliche Vereinigung hat einen so genannten Sicherstellungsauftrag und erteilt Ermächtigung an Ärzte für die Behandlung von Kassenpatienten. Die Ermächtigung wird alle zwei Jahre überprüft – seit 1994 dient sie quasi als Verteiler der "Tortenstücke", rein nach Menge, ohne sich ein Bild von den Strukturen vor Ort zu machen und die Qualität der Versorgung zu berücksichtigen. Spezialisierung der Ärzte ist nicht wichtig, dafür eine strikte Trennung von ambulant (niedergelassene Ärzte) und stationär (Klinik).
- die Träger des Sana-Klinikums (Sana-Kliniken AG vertreten durch die Geschäftsführung und der Landkreis vertreten durch den Landrat) akzeptieren bisher, dass alle zwei Jahre die Ermächtigungen überprüft werden und damit auch dass Unsicherheiten für Patienten entstehen. Der erste Widerspruch des Radiologen wurde hier schlicht hingenommen, so dass Nachsorge in der Brustambulanz nun nicht mehr möglich ist. Die Anzahl der Mammografien in der Brustambulanz wurde so stillschweigend auf ein Viertel der zuvor durchgeführten reduziert.
- der Gesetzgeber hinkt hinterher. Es fehlen gesetzliche Regelungen, die das Patienteninteresse und die Patientenrechte stärken. Dazu gehören:
 - das Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung (Beschluss des Bundeskabinetts am 3.8.11. Das Gesetz soll im Wesentlichen am 1. Januar 2012 in Kraft treten....)
 - eine Ausgestaltung des § 116b SGB V für eine Ambulante spezialärztliche Versorgung
 - das Patientenrechtegesetz

Es ist nicht ausreichend, dem jeweils anderen die Verantwortung weiter zu erreichen.

Als Patienteninitiative wünschen wir uns, dass die Entscheidungsträger den Wunsch der Patienten ernst nehmen und deren Wohl bei Entscheidungen mehr berücksichtigt wird.